

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877

17.4.1877 (No. 90)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 17. April.

No. 90.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Pettzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Fürstlich hohenzollern'schen Hofammerrathe J. Grimm in Sigmaringen die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner königlichen Hoheit dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen verliehenen Ehrenkreuzes dritter Klasse des Hohenzollern'schen Hausordens zu erteilen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Berlin, 14. Apr. Der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten hat in dem heute publizierten Urtheile die Absetzung Janiszewski's von seinen Aemtern als Weihbischof von Posen und Domherr ausgesprochen.

† Wien, 14. Apr. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft empfangt die Nachricht, daß die Türken heute bei Kalafat begonnen haben, Brücken über die Donau zu schlagen. Die Gesellschaft ließ diese Nachricht durch ihren Vertreter der Frachtbörse mittheilen.

† Wien, 14. Apr. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Petersburg vom 14. d.: Die bisherigen Sitzungen der Ministerkommission haben noch keine Entscheidung getroffen. Nächste Woche wird eine Zirkularbescheide des kaiserlichen Beschlusses der russischen Regierung den Mächten notifizieren. — Die Beziehungen der Pforte zu Montenegro sind abgebrochen. Generalconsul Jonin ist heute mit Instruktionen nach Montenegro abgereist. — Der fünfzigste Organisationskongress, Fürst Tscherkesski, reist nächsten Sonntag nach Kischeneff ab. — Persien notifizirte der Pforte seine Ansprüche auf Bagdad.

Dieselbe Korrespondenz meldet aus London vom 14. April, daß noch immer die Möglichkeit einer diplomatischen Pflanze vorhanden ist und daß die militärische Aktion von Seiten Russlands noch nicht unmittelbar bevorsteht.

† Brüssel, 14. Apr. Der „Nord“ veröffentlicht ein Londoner Telegramm, demzufolge die britische Regierung der Ansicht wäre, daß unter den gegenwärtigen Umständen jeder weitere Schritt zur Aufrechterhaltung des Friedens fruchtlos sein würde.

† Paris, 14. Apr. Abds. Der „Moniteur“ bespricht die gegenwärtige Lage im Orient und bemerkt, das Londoner Protokoll sei hervorgegangen aus dem aufrichtigen und anerkanntenswerthen Bestreben, die Souveränität der Türkei intact zu lassen. Man habe von der Türkei nur die Durchführung der Reformen verlangt, welche sie aus eigenem Antriebe habe in's Werk setzen wollen. Die Deklaration Russlands zu dem Protokoll habe vor Allem die Entwaffnung betont. Die Deklaration Englands und Italiens findet der „Moniteur“ sehr begreiflich. Frankreich habe nicht nöthig gehabt, sich diesen Reformen anzuschließen, um von ihnen Vortheil zu ziehen. Der Entschluß, den man in Konstantinopel bezüglich des Protokolls gefaßt habe, sei ein sehr bellagenswerther. Frankreich werde Angesichts der nunmehrigen ersten Eventualitäten eine strenge Neutralität gegenüber den Kriegführenden bewahren. Seine Haltung in der orientalischen Frage sei ihm von Anfang an in der gemeinsamen, der Erhaltung des Friedens gewidmeten Aktion der europäischen Mächte vorgezeichnet gewesen. Von dieser Haltung werde Frankreich auch ferner nicht abweichen.

† Paris, 15. Apr. Midhat Pascha hat sich heute Vormittag in Marseille eingeschifft, um sich nach Barcelona zu begeben. Lahard ist gestern Abend nach Brindisi abgereist und wird sich daselbst auf der Nacht der Königin Vittoria nach Konstantinopel einschiffen.

† London, 13. Apr., Nachts. Nach der Rede des Kriegsssekretärs Hardy ergriffen noch zahlreiche Mitglieder das Wort, darunter auch Göschen, welcher Folgendes äußerte: Europa sei in den Krieg hineingebrochen; England sei von der Pforte hintergangen und schwach gemacht. Der Schatzkanzler Northcote wies diese Vorwürfe zurück, indem er betonte, daß keine andere Politik vorgeschlagen sei. Die Regierung habe einen moralischen Zwang ausgeübt, aber die Drohungen mit Waffengewalt hätten diese Politik vereitelt. — Lord Harrington zog schließlich seinen Antrag zurück.

† London, 14. Apr., Abds. Dem Parlament liegt außer dem Zirkular der Pforte noch eine Depesche des Staatssekretärs Derby an den englischen Geschäftsträger in Konstantinopel, Jocelyn, vom 12. April vor. In derselben berichtet Derby über eine Unterredung mit Musurus Pascha, in welcher ihm dieser das Zirkular vorlas und Abschrift desselben hinterließ. Derby habe an Musurus Pascha die Frage gerichtet, ob die Pforte beabsichtige, einen Spezialgesandten nach Petersburg zur Unterhandlung über die Ab-

rüstungsfrage zu senden oder nicht. Musurus Pascha habe diese Frage verneint und sich dahin ausgesprochen, daß er eine befriedigende Lösung der oberschwebenden Differenzen nicht für möglich halte, wenn nicht die Mächte dazwischenkämen, daß das Protokoll annullirt werde. Derby habe erwidert, daß bei solcher Sachlage eine weitere Diskussion nutzlos sein würde und daß er nicht wisse, welche Maßregeln die Regierung noch ergreifen könnte, um einem Kriege vorzubeugen, welcher unvermeidlich erscheine. Musurus Pascha habe darauf geantwortet, daß die türkische Regierung den Krieg nicht wünsche, ihn aber dem Verzicht auf ihre Unabhängigkeit vorziehen würde.

† London, 15. Apr. Das Journal „Observer“ schreibt: Man dürfe annehmen, daß England den österreichischen Vorschlägen bezüglich gemeinsamer Schritte beider Mächte zu Gunsten des Friedens nicht beitreten würde, da die englische Regierung sich keinen zufriedenstellenden Erfolg davon verspreche.

† St. Petersburg, 15. April. In auswärtigen Zeitungen ist wiederholt das Gerücht verbreitet, der Kaiser von Russland leide am Stein und müsse sich einer Operation unterziehen. Neuerdings ist diese Behauptung sogar noch, wie hierher telegraphirt ist, durch die Angabe unterstützt, daß der englische Arzt Thompson unterwegs nach St. Petersburg sei, um hier die Operation zu vollziehen. Von kompetenter und autoritativer Seite wird demgegenüber auf das Bestimmteste erklärt, daß alle diese Angaben vollkommen unrichtig sind und nicht das Geringste vorliegt, was zu derartigen Gerüchten nur den leichesten Anlaß zu bieten im Stande wäre.

† Bukarest, 14. Apr. Der heute im Palaste des Fürsten abgehaltene Ministerrath beschloß, angesichts der drohenden Eventualitäten keinerlei definitive Maßregel ohne die ausdrückliche Mitwirkung der Kammer zu ergreifen.

† Bukarest, 15. April. Der Kaiser von Russland wird nächsten Dienstag in Kischeneff erwartet. Der Großfürst Nikolaus hält heute eine große Revue über die Truppen am Pruth ab.

† Konstantinopel, 14. April, Abds. Der Generalissimus Abdul Kerim Pascha ist nach Schumla abgereist, um das Kommando der Donauarmee zu übernehmen. Der russische Geschäftsträger hat bisher noch nicht Anweisung zur Abreise erhalten.

Deutschland.

† Berlin, 13. Apr. Der Kaiser und die Kaiserin von Brasilien haben ihre ursprünglich auf heute früh angelegte Abreise nach Weimar bis morgen früh verschoben. Von dort werden höchstwahrscheinlich schon am Sonntag nach Berlin zurückkehren. Dienstag den 17. d. M. geben die k. brasilianischen Majestäten von hier nach Essen zu reisen, um das dortige Krupp'sche Stahlwerk in Augenschein zu nehmen. Von Essen aus soll dann die Reise nach Paris fortgesetzt werden. Wie amtlich gemeldet wird, hat der Kaiser dem Erbprinzen Bernhard von Sachsen-Weinigen das Kreuz der Großthure des königl. Hausordens von Hohenzollern verliehen. Zu dem Galadiner, welches zur Feier der Verlobung der Prinzessin Charlotte von Preußen mit dem Erbprinzen von Sachsen-Weinigen am Sonntag im Weissen Saale des königl. Schlosses stattfindet, sind etwa 200 Einladungen ergangen. Unter den Eingeladenen befinden sich auch Vertreter der Stadt Berlin, und zwar der Oberbürgermeister Hobrecht, sowie der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Straßmann. — Der Reichszanzler und Ministerpräsident Fürst v. Bismarck wird in Begleitung seines ältesten Sohnes, des Legationssekretärs Grafen Herbert v. Bismarck, voraussichtlich morgen Berlin verlassen, um sich zunächst nach seinen laubenburgischen Besitzungen zu begeben. Von dort kehrt derselbe in einiger Zeit hieher zurück und reist dann mit seiner Gemahlin, seiner Tochter und seinem ältesten Sohne zu längerem Aufenthalte nach Varzin. Graf Herbert v. Bismarck, welcher bisher bei der königl. deutschen Botschaft am kaiserl. österreichischen Hofe in Funktion stand, ist aus Wien abberufen worden, um seinem Vater für dessen Urlaubszeit zur Austerlegung von Amtsgeschäften beigegeben zu werden. Auch während des vorigen Sommers befand sich derselbe in Rissingen wie in Varzin bei seinem Vater und besorgte unter dessen Leitung einen Theil der amtlichen Korrespondenz. — Nach mehrseitigen Versicherungen gehörte zu den Vorschlägen, über welche das Staatsministerium in seiner Sitzung vom Montag sich in Betreff des Urlaubsmodus für den Fürsten Bismarck verständigte, die Uebertragung der Stellvertretung des Reichszanzlers in den inneren Reichsangelegenheiten an den Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums, Finanzminister Camphausen. In Folge der Konferenz aber, welche Fürst Bismarck nach dem Schluß dieser Ministerberatung mit Sr. Majestät dem Kaiser hatte, wurde die dreifache Stellvertretung ohne Uebertragung der Kontratsignatur an einen der Stellvertreter beschlossen, weil Sr. Majestät in Bezug auf die im ersten Falle vorgeschlagene Uebertragung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit an einen Stellvertreter Zweifel hegte. —

Der bisherige Bezirkspräsident v. Puttkamer in Metz ist nunmehr an Stelle des aus dem Staatsdienst geschiedenen Grafen v. Arnim-Boitzenburg zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien ernannt worden.

W. Berlin, 14. April. (Reichstag. 21. Sitzung.)

11 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesraths: Hofmann, v. Stosch, General-Postmeister Stephan u. A.

Es wird sofort in die Tagesordnung, in die Fortsetzung der gestern abgebrochenen Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung, eingetreten.

Die Beratung beginnt mit Tit. 22 der Ausgaben (Belohnungen, Gehältern und Entschädigungen an außerhalb der Verwaltung stehende Personen).

Abg. Lingens weist auf die niedrigen Remunerationsätze für diese Personen hin und bringt verschiedene Beschwerden derselben zur Sprache. Er hält es für das Beste, wenn solche Dienstleistungen gar nicht in Anspruch genommen zu werden brauchten.

General-Postmeister Dr. Stephan: Ich habe auf diese Beschwerden im Allgemeinen zu bemerken, daß die Behauptungen in denselben doch noch nicht als Beweis für die Richtigkeit derselben gelten können. Was will denn das sagen, wenn ein Duzend, oder auch einige hundert Briefe den Herren Abgeordneten zugegangen wären, bei einem Personal von 60,000 Personen. Es ist mir sehr wohl bekannt, daß von Seiten anderer Beamten auf die Postbeamten einzuwirken gesucht wird, in großen Massen in der angebotenen Richtung vorzugehen. Meine Herren, Sie thun allen diesen Schreibern eine unverdiente Ehre an, wenn Sie sie hier zur Sprache bringen, oder überhaupt lesen. Es paßt auf die meisten dieser Briefschreiber das Wort des Dichters: „Jeder dieser Ehrenmänner wird vom andern abgethan.“ Und wer kann denn sagen, daß diese Briefe überhaupt von Postbeamten ausgehen; sie können auch von solchen Personen ausgehen, die längst aus dem Beamtenstande entlassen worden sind. Wir haben eine ganze Anzahl solcher Federbanditen, die sich mit unbegründeten Beschwerden an die schlechte Presse wenden und am liebsten eine neue „Deutsche Reichsglocke“ gründen möchten. Ich selbst erhalte fortwährend sogar per Rohrpost Briefe, in welchen ich mit Schmähungen und Drohungen überschüttet werde. Ich lese solche Briefe nicht mehr und stelle mich im Uebrigen auf den Standpunkt des alten Philosophen: Wenn man mich beleidigt, so erbehe ich mich so hoch, daß die Beleidigung mich gar nicht erreicht. Ich muß aber dabei gleichzeitig bemerken, daß die große Anzahl ehrenwerther Postbeamten mit diesen dunkeln Ehrenmännern nichts zu thun hat.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alf ist der Ansicht, daß auch sehr viele ehrenwerthe Postbeamten die Klagen theilen, die hier vorgebracht sind. Auch durch den Fall Kantecki fühlen sich sehr viele Postbeamte beschwert und möchte er daher den Hrn. General-Postmeister bitten, sich auch in dieser Beziehung auf einen alten philosophischen Standpunkt zu stellen. Im Uebrigen möge derselbe es den Erwägungen jedes Einzelnen überlassen, was ihm beachtenswerth erscheint oder nicht, die Aufgabe des General-Postmeisters sei nur, solche Beschwerden zu widerlegen. Im Allgemeinen könne er (Redner) aber die Bemerkung nicht unterdrücken, daß, wenn von so vielen Seiten so schwerwiegende Klagen erhoben werden, dann doch wohl nicht Alles so in Ordnung sein könne, wie es sein müßte. Er möchte namentlich bitten, den vielfachen Beschwerden der Postunterbeamten eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und wenn möglich gerade nach dieser Seite hin Abhilfe schaffen.

General-Postmeister Dr. Stephan versichert wiederholt sein Wohlwollen für seine Beamten aller Kategorien, die nicht schlechter gestellt seien, wie alle übrigen Beamten und besser wie die Postbeamten in den meisten andern Ländern. Dadurch, daß man diesen Klagen aber so große Aufmerksamkeit zuwendet, werde ein gewisses Mißtrauen gegen die Verwaltung hervorgerufen und die Aufrechterhaltung der Disziplin geradezu zur Unmöglichkeit gemacht. Was den Fall Kantecki anlangt, so werde sich ja Gelegenheit bieten, über denselben weiter zu sprechen. Er halte es deshalb nicht für angemessen, auch bei Gelegenheit der Etatsberatung über diesen Punkt zu sprechen.

Abg. Berger bemerkt, daß die vom General-Postmeister so abfällig beurtheilten Beschwerdebriefe häufig von den aller Ehrenwertheften Beamten herrühren, und er glaube, daß dieselben auch vollständig begründet seien.

Der General-Postmeister erwidert, daß alle gerechten Beschwerden stets diejenige Beachtung fänden, die sie verdienen. Sie würden geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt. Verfolgt oder bestraft, wie in andern Ländern, würde wegen Beschwerdeführers Niemand.

Abg. Rittinghausen: Er wolle nur konstatiren, daß gleich nach seiner Wahl in Solingen zahlreiche Postbeamte zu ihm gekommen seien, mit der Bitte, ihre Sache im Reichstage zu vertreten. Von einer Provolation socialdemokratischer Seite könne also gar keine Rede sein.

Der General-Postmeister bleibt dagegen bei seiner Behauptung, daß die meisten Beschwerden auf socialdemokratische Agitationen zurückzuführen seien.

Abg. Dr. Lasker bezeichnet es ebenfalls als einen Irrthum, wenn man behaupten wollte, daß die Postbeamten sich mit ihren Beschwerden nur an eine bestimmte Partei wendeten. Er könne versichern, daß auch ihm und seinen Parteigenossen zahlreiche Klagen zugegangen seien. Er seinerseits nehme jedoch Anstand, Beschwerden hier im Hause zur Sprache zu bringen, so lange sie keinen greifbaren Inhalt haben, deshalb habe er jetzt geschwiegen, privatim habe er allerdings dem Hrn. General-Postmeister von mehreren Beschwerden Kenntniß

gegeben. Aus den ihm zugegangenen Beschwerden habe er im Allgemeinen den Eindruck empfunden, daß dieselben ihren Hauptgrund haben in der demokratischen Einrichtung des Postwesens, wo nämlich jeder Gemeinde den Feldmarschallstab im Lohn habe. Da seien bei einer Anzahl von 60,000 Beamten zahlreiche Enttäuschungen und aus diesen hervorgehende Beschwerden fast selbstverständlich. Dem könne nur gründlich abgeholfen werden durch eine schnell ins Werk zu setzende abschließende Gestalt der Vorbedingungen für die einzelnen Zweige der Postkarriere. Dadurch werde die Zahl der vielen Aspiranten und Expektanten sich gewiß in wünschenswerther Weise vermindern. Redner bittet nochmals, die Verhandlungen über die Post nicht in einer Weise zu führen, die dem Institut selbst schädlich sein müsse, welches doch in den Augen des Volkes sich der größten Anerkennung erfreue. (Beifall). Ueber die Gehälter, ob niedere oder höhere, möchte er nicht gern sprechen, er glaube, daß solche Fragen nur grundsätzlich angeregt werden können.

Abg. Dr. Böhler (Weppen) schließt sich den Ausführungen des Vorredners im Allgemeinen an, glaubt aber, daß die Beschwerden der Postbeamten keineswegs ganz unbegründet sind. Was den Kantendienst anlangt, so habe er dem Herrn General-Postmeister zu bemerken, daß Dr. Kantedi sich im Gefängnis befindet und daß dieser Fall deshalb alle Tage zur Sprache gebracht werden müßte, so lange, bis derselbe aus der Welt geschafft wird. Ich behaupte, daß dieser Fall uns vor Deutschland und Europa blamirt.

Der General-Postmeister bemerkt diesen Ausführungen gegenüber abermals, daß der Etat schlechterdings nicht der Ort sei, an welchem der Kantendienst zur Erledigung gebracht werden könne. Den Ausführungen des Abg. Dr. Lasker könne er gern die Anerkennung zu Theil werden lassen, daß sie wohlwollend gemeint seien; wenn derselbe jedoch die geringe Stabilität der Organisation getadelt habe und namentlich meinte, daß in Bezug auf Beförderung u. s. w. zu häufige Reglements erlassen würden, so könne er dem gegenüber darauf hinweisen, daß so lange er die Ehre habe, an der Spitze der Postverwaltung zu stehen, nur ein einziges Reglement erlassen worden ist, und zwar im Jahre 1871, unter Mitwirkung der Budgetkommission dieses Hauses. Seitdem sei eine Aenderung nicht vorgekommen. Das Bob des Abg. Lasker werde ihm und seinen Mitarbeitern ein Sporn zu neuen Anstrengungen sein. (Beifall).

Abg. Rittinghausen macht dem General-Postmeister bemerkt, daß die Beschwerden der Postbeamten lediglich von ihrer gedrückten Lage herrühren, und daß es daher verkehrt sei, diese Angelegenheit als eine socialdemokratische zu behandeln.

Abg. Richter (Hagen): Er freue sich, daß der Vorredner im Gegensatz zu seinem Gefinnungsgegenstande die vorliegende Frage nicht als eine socialdemokratische behandelt wissen wolle, sondern als eine Frage, die gleichmäßig alle Parteien berührt. Es sei ihm sehr angenehm, diesen Zwiespalt unter den Herren konsolidieren zu können. (Geheuerkeit.) Im Uebrigen glaube er, daß es auf die einzelnen hier zur Sprache gekommenen Fälle gar nicht ankomme, doch müsse er die Gesellen von ihm vorgebrachte Beschwerde ihrem Inhalte nach aufrecht erhalten.

Die Diskussion wird geschlossen und Titel 22-26 der Ausgaben genehmigt.

Bei Titel 27 (Entschädigungen an Stelle der sonst gewährten Telegraphen-Nebenvergütungen) erklärt der Abg. v. Adeleser, daß ihm die Grundzüge, welche für die Nachdienst-Entschädigungen bei den selbständigen Telegraphenämtern, sowie für die Tantieme der Beamten an Poststationen, mit denen Telegraphenämtern verbunden sind, bisher maßgebend waren, nicht ganz klar seien, und bittet um Darlegung derselben.

Abg. Richter erwidert, daß der General-Postmeister diese Frage schon gestern beantwortet habe. Jeder Beamte, der nach Wegfall der Tantieme eine Schwächung an seinem Einkommen erfährt, solle eine Entschädigung aus den 80,000 Mark (Tit. 27) erhalten und die Entschädigung nach Maßgabe des dreijährigen Durchschnitts der Tantieme gewährt werden. Er seinerseits bitte aber den General-Postmeister, nicht allzu streng nach diesem Prinzip zu verfahren, da sonst viele Beamte dadurch geschädelt werden könnten.

Der Bundeskommissar Geh. Rath Riehnert gibt eine den Bemerkungen des Vorredners zustimmende Erklärung ab, worauf Tit. 27 genehmigt wird. Hiermit ist das Kapitel der ordentlichen Ausgaben erledigt.

Die außerordentlichen Ausgaben der Post- und Telegraphenverwaltung unterliegen noch der Prüfung in der Budgetkommission. Abg. Schmidt (Stettin) richtet an den General-Postmeister die Anfrage, ob die Absicht desselben dahin gehe, die Beschäftigung der Frauen und Mädchen im Telegraphendienst zu beschränken. Eine Antwort erfolgte jedoch nicht.

Es folgt der Etat der Marineverwaltung, welcher der Budgetkommission zur Vorberatung unterlag. Berichterstatter ist der Abg. Richter.

Eine längere Debatte erhebt sich zunächst bei Kap. 60, Tit. 1 betreffend den Ausgaben, zu welchem von den Abg. Dr. Behrenspennig und Genossen der Antrag gestellt ist, die Ingenieure und Unteringenieure der Marine in Betreff des Wohnungsgeld-Zuschusses der Tarifklasse III 2 einzureihen.

Abg. Dr. Behrenspennig findet die pecuniäre Stellung der Marineingenieure namentlich nach der Richtung der Wohnungsgeld-Zuschüsse hin gegen die Emolumente der eigentlichen Militärs im Nachtheil. Wenn man fortfahre, die Ingenieure als Subalternbeamte zu honoriren, so werde das nicht geeignet sein, der Marine tüchtige technische Kräfte zuzuführen.

Der Regierungskommissar erwidert, daß es eine irrtümliche Auffassung sei, wenn man behaupte, die Ingenieure würden Seitens der Regierung als Subalternbeamte behandelt.

Abg. Stumm führt aus, daß es im Wesentlichen Sache der Regierung sei, die Höhe der Gehälter zu bemessen; komme sie da mit niedrigen Beträgen aus, so könne der Reichstag damit nur zufrieden sein.

Abg. Dr. Hänel erklärt sich mit dieser Debatte nicht einverstanden. Es sei äußerst ungerechtfertigt, gerade bei dem Einkommen der technischen Beamten sparen zu wollen; sonst sei die Sparbarkeit, wo es militärische Dinge angehe, nicht so sehr Sache der Verwaltung. Die Versicherung, daß die Ingenieure durch geringere Honorirung ihrer Leistungen nicht in die Klasse der Subalternen herabgedrückt würden, glaube er schlechterdings nicht.

Der Antrag Behrenspennig wird hierauf abgelehnt und Kapitel 60 unverändert genehmigt.

Zu den einmaligen und außerordentlichen Aus-

gaben berichtet Abg. Richter über die finanziellen Operationen, welche die Budgetkommission den extra-ordinären Forderungen der Marineverwaltung gegenüber vorschlägt. Die Kommission hat sich veranlaßt gesehen, die Forderungen genau zu prüfen und von denselben nur die Summen für die Bewilligung in Vorschlag zu bringen, von denen mit Sicherheit anzunehmen ist, daß sie auch im Laufe des Etatsjahres zur Ausgabe gelangen. Nach der eingehendsten Erwägung ist die Kommission zu dem Beschlusse gekommen, von den Forderungen der Marineverwaltung im Ganzen einen Abschlag von 4 Millionen zu machen.

Bezüglich des Neubaus resp. Weiterbaus von 5 Panzerkorvetten, 5 Kanonenbooten, 2 Aviso's und 1 Artillerieschiff werden demnach der Regierung nach dem Vorschlage der Kommission nicht die vollen Summen, sondern nur die entsprechenden Jahresraten bewilligt.

Abg. Schmidt (Stettin) weist bei dieser Gelegenheit auf die Fortschritte der deutschen Schiffbau-Kunst hin, welche unsere Marine schon jetzt fast in jeder Beziehung vom Auslande unabhängig macht.

Unter Tit. 19 der einmaligen Ausgaben beantragt die Marineverwaltung zum Anlauf und zur Ausführung eines Transportdampfers zu ozeanischen Reisen die Bewilligung von 1 Million Mark.

Die Budgetkommission hat diese Forderung gestrichen, dagegen beantragt die Abg. Jacobs, Dr. Dohrn und Mosle die Bewilligung derselben.

Zu der sich hierüber erhebbenden Diskussion führt Abg. Richter (Hagen) aus, daß die transoceanische Kommunikation praktischer durch ein Kriegsschiff, nicht aber durch einen Transportdampfer zu unterhalten wäre, und erklärt sich deshalb gegen die Bewilligung.

Der Marineminister v. Stosch bittet im Hinblick auf die stets sich mehrenden Interessen Deutschlands im Auslande um Genehmigung der Position. Bei dem für die Marine geltenden Rekrutierungssystem, so bemerkt der Minister, können die auf überseeische Stationen entsandten Schiffe immer nur 2 Jahre auf der Station belassen werden, weil die Besatzung dann behufs Entlassung nach der Heimath zurückgeschafft werden muß. Nach den gemachten Erfahrungen würden die Schiffe aber mit Rücksicht auf ihren baulichen Zustand bei der Auslieferung fast zwei mindestens vier Jahre auf der auswärtigen Station bleiben können, ehe sie größerer Reparaturen wegen in die Heimath zurückbeordert zu werden brauchen, und verursachen überdies kurze Indiensthaltungen einen verhältnismäßig größeren Aufwand an Geld, Material und Arbeitskräften der Werften für Reparaturen, als längere Indiensthaltungen; es ist daher wirtschaftlicher, die Schiffe so lange als möglich auf den auswärtigen Stationen zu lassen. Um dies zu ermöglichen, muß ein Bezahl der Besatzung der Schiffe auf den auswärtigen Stationen selbst vorgenommen werden können, wozu ein Transportdampfer erforderlich ist, welcher die Abholung der Besatzung vermittelt. Außerdem würde das Vorhandensein eines Transportdampfers die kostenfreie Nachsendung derjenigen Schiffsbedürfnisse möglich machen, welche auf den auswärtigen Stationen nicht zu erhalten sind oder mit höheren Preisen als im Inlande bezahlt werden müssen.

Nach einiger Diskussion, an welcher die Abg. Richter, v. Benda und Dr. Lucius theilnehmen, wird die Forderung der Regierung mit 124 gegen 102 Stimmen abgelehnt, der Antrag der Budgetkommission also angenommen.

Der Etat wird im Uebrigen ohne Diskussion nach den Vorschlägen der Budgetkommission angenommen.

Zu dem darauf folgenden Etat für den Reichstag hat Abg. Kapell den Antrag gestellt: den Tit. 5 behufs entsprechender Erhöhung der Remunerationen der Kanzler- und Lohnindien des Hauses der Budgetkommission zu überweisen.

Nachdem der Antragsteller diesen Antrag gerechtfertigt, bittet Abg. v. Bahl um Ablehnung desselben, da die Gehaltsfrage sämtlicher Reichstags-Beamten alljährlich vom Gesamtvorstande des Hauses eingehend erwogen werde.

Der Antrag wird abgelehnt, der Etat bewilligt. Ein Gleiches geschieht mit dem allgemeinen Pensionsfond, der Verwaltung der Eisenbahnen, mit dem Etat des Bankwesens und dem besonderen Beitrag von Elsaß-Lothringen.

Zu dem Etat für das Reichskanzler-Amt hatte der Abg. v. Behr-Schmidow den Antrag gestellt: unter den Ausgaben zu gemeinnützigen Zwecken am Schlusse als Nr. 8 in den Etat aufzunehmen: „Zur Förderung der künftigen Fischzucht 10,000 Mark.“

Die Budgetkommission beantragt die Ablehnung dieses Antrages und das Haus beschließt nach kurzer unruhiger Diskussion dem Kommissionsantrage gemäß.

Zu dem Kapitel 8 (Reichs-Gesundheitsamt) liegen nachstehende Anträge vor: 1) vom Abg. Mendel: „Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Session in einer Denkschrift die Aufgaben und Ziele, die das Reichs-Gesundheitsamt sich gestellt, und die Wege, auf denen sie jene zu erreichen hofft, darzulegen.“; 2) vom Abg. Dr. Firsich und Genossen: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: dahin zu wirken, daß die durch § 27 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfsklassen vom 7. April 1876 den Hilfsklassen vorgeschriebenen Uebersichten über die Miltitader, über die Krankheits- und Sterbefälle und über die verrechneten Beitrags- und Unterstützungssätze a. unter Berücksichtigung der Berufsarten, der Krankheitsbenennungen und Todesursachen jährlich eingefordert und b. von den höheren Verwaltungsbehörden an das Reichs-Gesundheitsamt, behufs Herbeiführung zuverlässiger Morbiditäts- und Mortalitätsstatistik, eingefordert werden.“

Zu der sich hierüber erhebbenden Diskussion bezeichnet es der Abg. Reichensperger (Krefeld) als die vornehmste Aufgabe des Reichs-Gesundheitsamts, gegen die Verfälschung der Nahrungsmittel einzutreten. Redner besagt es lebhaft, daß er und Andere nirgends gutes Bier gefunden haben.

Abg. Firsich rechtfertigt mit wenigen Worten seinen Antrag, ebenso der Abg. Mendel, welcher dabei ziemlich ausführlich auf die Aufgaben eingeht, die dem Reichs-Gesundheitsamt obliegen.

Staatsminister Hofmann bittet um Ablehnung des Antrages des Abg. Dr. Firsich. Es sei nicht zu verkennen, daß es wünschenswert sei, auch die in dem Antrage angeführten Punkte in die Uebersichten aufzunehmen, welche von den Hilfsklassen aufzustellen sind. Diese Frage sei bereits eingehend erwogen worden, man sei zu Ueberzeugung gelangt, daß hierdurch die ganze Statistik überlastet werden würde und daß man dadurch ganz unbrauchbare Uebersichten bekäme. Das Reichskanzler-Amt habe bereits Vorfrage getroffen, daß die Uebersichten der Hilfsklassen dem Reichskanzler-Amt zugänglich gemacht werden, um dann weiter bearbeitet zu werden. Dem Antrage Mendel

sche an sich für sich nichts entgegen, wenn das Haus Werth auf denselben lege. Indessen möchte er darauf hinweisen, daß die Ziele und Aufgaben, welche das Reichs-Gesundheitsamt verfolgt, bereits in der Denkschrift niedergelegt sind, die bei Begründung des Amtes ausgearbeitet worden. Das Amt ist gegründet, um der Reichsverwaltung als technischer Beirath hinsichtlich der Medizinal- und Veterinärpolizei zur Seite zu stehen. Das Verfahren des Reichs-Gesundheitsamtes ist kein planloses, er könne demselben aus eigener Erfahrung bestätigen, daß es mit eifernem Fleiß gearbeitet habe und das geleistet hat, was geleistet werden konnte.

Die Diskussion wird geschlossen, der Antrag Firsich wird abgelehnt, der Antrag Mendel dagegen angenommen.

Darauf wird die Berathung vertagt.
Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Antrag Schulze (Delitzsch) und sämtliche auf die Gewerbeordnung bezüglichen Anträge. Schluß 5 1/2 Uhr.

Berlin, 14. Apr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ enthält folgende Notiz: Zu dem Schreiben des Reichskanzlers an den Reichstag, worin der Kanzler seine Veranlassung mittheilt, ist gesagt, daß während der Dauer derselben die Vertretung in den inneren Reichsangelegenheiten von dem Präsidenten des Reichskanzleramtes, in den Angelegenheiten des Auswärtigen Amtes von dem Staatssekretär v. Balow übernommen werde. Aus dem Umfange, daß der Name des Präsidenten des Reichskanzler-Amtes nicht ausdrücklich hinzugefügt worden, ist von verschiedenen Blättern der Schluss gezogen worden, es stehe die baldige Erhebung des Präsidenten Hofmann durch eine andere Persönlichkeit bevor. Dem gegenüber bedarf es nur des Hinweises, daß sowohl in der allerhöchsten Ordre an den Reichskanzler, als auch in der gleichzeitig an das Staatsministerium erlassenen Ordre der Staatsminister Hofmann namentlich bezeichnet ist.

Dasselbe Blatt schreibt: Eine hiesige lithographische Korrespondenz, die „Deutsche Reichs-Korr.“, will wissen, daß die angeblich lange Dauer der sogenannten Kanzlerkrisis sich nur dadurch erklären, daß Fürst Bismarck als Bedingung seines Bleibens im Amte einen großen System- und Personalwechsel verlangt habe, der Kaiser sich aber nicht habe entschließen können, sich von mehreren langjährigen Dienern zu trennen; zugleich wird behauptet, daß sich unter diesen der Minister Camphausen befand. Dieser ganzen Darstellung ist selbst von ernsthaften Blättern eine Beachtung zu Theil geworden, die ihr nicht zukommt, und mit noch größerem Unrecht ist die Quelle der Darstellung als offiziös bezeichnet worden. Der tatsächliche Verlauf der Krisis hat mit den angeführten Behauptungen nicht das Geringste zu thun gehabt. Zur Erklärung der angeblich langen Dauer der Krisis braucht man sich nur zu erinnern, daß der Kaiser sich bemühte, den Kanzler zunächst zum Verzicht auf den Abschied dann zum Verzicht auf einen Urlaub von unbestimmter längerer Dauer mit völliger Entfaltung von der Theilnahme an allen Regierungsgeschäften zu veranlassen. Dazu kommt, daß der Kanzler selbst, was notorisch ist, Herrn Camphausen zu seinem Stellvertreter vorgeschlagen hatte. Es kann versichert werden, daß bei den Verhandlungen Vorschläge wegen eines Personal- und Systemwechsels nicht gemacht worden sind. Jene Behauptungen sind nichts weiter als Uebertragungen aus den Andeutungen einzelner Zeitungen über die Zukunftspläne des Kanzlers auf das Gebiet der bereits lebendigen Thatsachen.

Die Kommission zur Vorberathung für die Frage, wie die Benennung der Maße und Gewichte in abgekürzter Weise bezeichnet werden könnten, hat, wie bereits mitgetheilt, ihre Vorschläge dem Bundesrath unterbreitet. Im Einzelnen sind die vorgeschlagenen Bezeichnungen: 1) für Längenmaße: km = Kilometer, m = Meter, cm = Centimeter, mm = Millimeter. 2) Flächenmaße: qkm = Quadratkilometer, ha = Hektar, a = Ar, qm = Quadratmeter, qcm = Quadratcentimeter, qmm = Quadratmillimeter; 3) für Körpermaße: cbm = Kubikmeter, hl = Hektoliter, l = Liter, cem = Kubicentimeter, cmm = Kubicmillimeter; 4) für Gewichte: Tonne, kg = Kilogramm, g = Gramm, mg = Milligramm.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 15. Apr. Eine neueste russische Eröffnung scheidet alle weiteren, wenigstens alle unnötigen weiteren Bemühungen der Diplomatie mit einem Male ab, denn diese Eröffnung besagt einfach, daß die Entscheidung jetzt nur in Konstantinopel liege. Russland wiederholt, daß es heute noch abzuwarten bereit sei, wenn die Forderungen die Bedingungen (in der Separatklärung zum Protokoll formalirt) zu erfüllen sich verpflichte, wenn nicht, so würden die Ereignisse ihren Lauf nehmen müssen und die Zukunft werde lediglich durch sie bestimmt werden.

Frankreich.

Paris, 14. Apr. Der Bischof von Nevers, Hr. v. Laboue, hat an den Präsidenten der Republik folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Marschall! Der von dem heiligen Vater an alle gläubigen Katholiken zur Verteidigung der heiligen Interessen, welche durch die ununterbrochenen und noch immer zunehmenden Uebergriffe der italienischen Regierung bedroht sind, gerichtete Ruf muß bereits zu Ihrer Kenntniß gelangt sein. Als Bischof einer Bevölkerung, in der die katholischen Gesinnungen noch in Ehren gehalten werden, erfülle ich eine Pflicht meines Hirtenamtes, indem ich Ihre ganz besondere Aufmerksamkeit auf eine Sachlage lenke, die schon jetzt beunruhigend ist, aber zu noch viel bedauerlicheren Mißverständnissen Anlaß geben kann. In diesem Augenblicke ist Ihre Autorität bei Gelegenheit der beabsichtigten Erneuerung des Handelsvertrags mit England zu Gunsten der Interessen der Gewerbe und des Handels von Frankreich in Anspruch genommen. Verhüte Gott, daß die hohe Wichtigkeit dieser Arbeiten verkennt, von denen zum großen Theile das materielle Wohlergehen Frankreichs abhängt! Was sind sie aber im Vergleich zu den religiösen Interessen, welche so innig an die religiöse Freiheit des erhabenen Hochpriesters geknüpft sind? Sie werden uns, Hr. Marschall, ohne Zweifel fragen, welchen Einfluß Sie in einer Angelegenheit üben können, die nicht unmittelbar unter Ihrer Gewalt steht, und in welcher

Wisse Sie auf dieselbe mit Erfolg einwirken könnten. Daran möchte ich Ihnen zuversichtlich und mit aller Freiheit meines Amtes antworten: Die Sachlage, über die wir uns beslagen, ist leider — die Geschichte bezeugt es — das Werk der kaiserlichen Regierung; daran ist es, um die Fäden dieser Verwicklung wieder zu entwirren, das Beste, wenn man gerade den entgegengesetzten Weg von dem einschlägt, den damals das Kaiserreich verfolgt hatte. Die verschiedenen Etagen des Vordringens der italienischen Regierung wurden durch amtliche Ablegungen von Maßregeln bezeichnet, von denen man wusste, dass sie nie verwirklicht werden sollten. Das Oberhaupt der kaiserlichen Regierung schützte sich der italienischen Revolution gegenüber durch einen verhängnisvollen Eid geschworen, den es in seiner Jugend gelehrt hatte und den man ihm, so oft es ihn zu vergessen schien, nicht ermahnte, in wachsamem Bewusstsein zu rufen. Mit diesen unerlaubten Mitteln machte man immer wieder die gefestigten Besprechungen geltend und brachte es so nach und nach dahin, das ganze päpstliche Gebiet zu konfiszieren und endlich in denselben Augenblicke, da Sie Ihr edles Blut für Frankreich vergossen, den über unsere Schwäche triumphierten Legionen das Thor der ewigen Stadt zu öffnen. Sie fragen mich, Herr Marschall, wie es möglich ist, die mit jedem Tage stärkeren Ausbreitungen dieser beständig vordringenden Macht aufzuhalten. Die beste Maßregel wäre, wenn Sie schon jetzt entschieden erklärten, dass Sie keine Solidarität mit der italienischen Revolution übernehmen und so weit es von Ihnen abhängt, das Frankreich Karls des Großen und Ludwigs des Heiligen von jeder Gemeinshaft mit dieser Revolution frei halten, welche sie (nämlich Karl der Große und Ludwig der Heilige) nicht als ihre Erben anerkennen. Dieses Wort wird, wenn es mit Bestimmtheit ausgesprochen und mit Festigkeit vertreten wird, im Rathe Italiens eine tiefere Wirkung machen als alle „Nimase“, welche einer der höchsten Wortführer des kaiserlichen Regimes ausgesprochen hat. Sie werden damit wenigstens Ihre Verantwortlichkeit beschränken und, so weit es bei Ihnen steht, die Freiheit Ihrer katholischen Mitbürger beschützen haben. Sie werden dafür sehr erkenntlich sein werden. Sie werden nicht nur eine Pflicht erfüllt, sondern auch Alles, was die katholische Welt noch an zerkenterten Gläubigen zählt, um sich geschart, Sie werden an die Reihe der alten Ueberlieferungen unseres Frankreichs angeknüpft und Ihren Platz als ältester Sohn der Kirche wieder eingenommen haben. Diese Gedanken haben mir den Brief eingegeben, den ich die Ehre habe, an Sie zu richten, und in welchem Sie gleichzeitig einen Akt der Ergebenheit für den hl. Vater und der Unterwürfigkeit unter Ihre hohe Autorität erklären wollen. Genehmigen Sie u. s. w.

Thomas Casimir, Bischof von Nevers.

Derselbe Bischof hat auch in seiner Diözese Gebete und Bittgänge für den bedrängten Papst angeordnet.

Die französische Gesellschaft der Friedensfreunde, an deren Spitze der Rechtsphilosoph Adolph Franck und der Nationalökonom und Senator Joseph Garnier stehen, hat in ihrer gestrigen Sitzung eine Adresse an den Kaiser von Rußland beschlossen.

Hr. Cayard, der neue Botschafter Großbritanniens bei der Pforte, welcher sich heute auf der Durchreise hier aufhielt, hatte Vormittags eine Unterredung mit dem Herzog Decazes. Bemerkenswert wurde auch, daß der russische Botschafter, Fürst Orloff, dem Prinzen von Wales, der seine Abreise nach Nizza auf morgen verschoben hat, heute einen längeren Besuch abstattete.

CL. Paris, 14. Apr. (Börsenachricht.) Das Geschäft hatte heute in seiner ersten Hälfte einen nachdrücklicheren Charakter. Die Haltung des Marktes hatte keine Schwärze sein können, wenn Frankreich selbst und unmittelbar von einem großen Kriege bedroht wäre. Besonders niedererschlagend wirkte neben der gestrigen Eröffnung der englischen Minister im Parlament und den militärischen Meldungen von der unteren Donau ein telegraphisch signifizierter Artikel der „Nationalzeitung“, welcher die Theilung der Türkei als eine unausbleibliche Nothwendigkeit schon jetzt in's Auge faßt. Man wollte daraus schließen, daß der Krieg nicht einmal in seiner ersten Phase lokalisiert bleiben, sondern sogleich Defterreich und dann bald auch andere Mächte in seinen Strudel fortziehen werde. Zu alledem nun noch die anticipirten Zwangsverleufe jenes Theils der Spekulation, welchem in der heutigen Prämienerklärung erdrückende Posten Gallener, Florins, Autrichiens, Banque de Paris, Suezaktien u. s. w. auf dem Hals blieben. So war denn das Ausgetot im Anfang ein unbegreifliches, die beiden Renten wägen auf 67.60 und 103.75, Gallener auf 66.25; österr. Goldrente auf 51, Türken auf 95.0. Nach unzähligen Schwankungen trat dann, genau wie gestern, in der letzten halben Stunde eine Erholung ein; man hatte in der Petersburger Depesche, welche die Ueberreichung der Kriegserklärung in Konstantinopel demontirte, einen momentanen Trost gefunden. Schluß also in besserer Tendenz: Öproz. Rente 104.75, 3proz. 68.75, Gallener 68.10, österr. Goldrente 53, Türken 9.70, Egyptianer 171, spanische Exteriore 10 1/2, Banque ottomane 333, Banque de Paris 913 mit 40 Fr. Baiffe, Joncier 577, Mobilier 137, span. Mobilier 425 mit 50 Fr. Baiffe, Suezaktien 630, österr. Bodentredit 450 mit 25 Fr. Baiffe, dito Staatsbahn 430 nach 425, Lombarden 159.

Paris, 15. Apr. Der Minister des Innern hat an den Präsidenten des Pariser Gemeinderaths folgenden Schreiben gerichtet:

Herr Präsident! In Folge des Zwischenfalls vom Châteaub-Gau-Theater haben Sie von dem Seine-Präsidenten verlangt, er solle den Pariser Gemeinderath zu einer außerordentlichen Sitzung erwächtigen, um die Erklärungen des Polizeipräsidenten über das Verhalten seiner Agenten entgegenzunehmen und auf diese Erklärungen hin die geeigneten Beschlüsse zu fassen. Der Seine-Präsident hat Ihre Ansuchen zurückgewiesen, indem er erachtete, daß eine Beschlußfassung des Gemeinderaths über diesen besonderen Gegenstand geschwehrt wäre. Sie haben darauf, von dem Rechte Gebrauch machend, welches Ihnen der Art. 15 des Gesetzes vom 5. Mai 1855 einräumt, gegen diese Entscheidung bei mir Beschwerde erhoben, indem Sie den rechtlichen Grund, auf den sie sich stützte, bestritten. Ich habe mir über die näheren Umstände, unter welchen sie erhoben ist, Bericht erhalten lassen und kann sie nach ausmertsamer Prüfung nur bestätigen. Die Stellung des Polizeipräsidenten und seine hierarchischen Beziehungen sind durch den Konflikt vom 12. November des Jahres VIII. geregelt. Kein späteres Gesetz hat an diesen Bestimmungen etwas geändert. Danach steht der Polizeipräsident unter der unmittelbaren Autorität der Minister, hängt für alle Maßregeln, welche die öffentliche Ordnung angehen, nur von

ihnen ab und ist für seine Akte nur dem Minister, unter dessen Verantwortlichkeit er handelt, Rechenschaft schuldig. Ich kann also nicht dafür halten, daß die Zwischenfälle, auf die Ihr Brief anspielt, zu einer Verhandlung des Gemeinderaths Anlaß geben dürften, und mithin dieser Versammlung nicht gestatten, eigens zu dem gedachten Zwecke zusammenzutreten.

Empfangen Sie u. s. w.

Jules Simon, Minister des Innern und Präsident des Ministerraths.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht den amtlichen Ausweis über das Erträgniß der direkten und indirekten Steuern in den ersten drei Monaten des Jahres 1877. Die direkten Steuern ergaben 113,420,300 Fr., d. i. 2,152,600 Fr. mehr, als am 1. März fällig waren. Die Steuer auf das Einkommen von den beweglichen Werthen, die für das ganze Jahr auf 35,676,000 Fr. veranschlagt ist, hat in dem ersten Vierteljahr 8,475,000 Fr. eingetragen, ist also ein wenig hinter den Veranschlagungen zurückgeblieben. Dagegen haben die indirekten Steuern mit einem Gesamterträgniß von 477,974,000 Fr. die Veranschlagung um 15,905,000 und das Erträgniß der entsprechenden Periode des Vorjahres um 13,194,000 Fr. überstiegen. So ergaben im Vergleich mit dem ersten Vierteljahr 1876 das Eurenregistrement ein Plus von 14,244,000, der Stempel ein Plus von 2,939,000, der Tabak ein Plus von 4,404,000, das Postregal ein Plus von 1,240,000 Fr.; auf der anderen Seite blieben die Steuern auf die indische Zuckerfabrikation um 13,417,000 und die Einfuhrzölle um 3,422,000 Fr. hinter den Veranschlagungen zurück.

Rußland.

Odessa, 8. April. Die vielfach bereits für abgeschlossen gehaltenen Rüstungen nehmen seit einigen Tagen wieder einen gewaltigen Aufschwung. Hier ist der Durchmarsch von 12 Divisionen Infanterie und 2 Divisionen Kavallerie angefangen. Jedes Haus hier wird im Durchschnitt 18 Mann Einquartierung erhalten. Wie in hiesigen militärischen Kreisen verlautet, hätten auch 4 Divisionen des Gardecorps für den 16. d. M. Ordre zur Marschbereitschaft erhalten. Der Mosauer Militärbezirk wird seine Truppen am 15. April mobilisieren. Die Dreier und Chartover Lokaltuppen werden in diesem Augenblicke mobilisirt. Die Mobilisirung der Dpolitischen von 15 groß-russischen Gouvernements ist vorbereitet. Vom Kriegsministerium sind Spezialkommissionen in die betreffenden Orte bereits am 6. d. M. abgeschickt worden, damit Alles in der größten Raschheit und Präzision durchgeführt werde. Alle Truppen, welche zwischen Kiew, Baltia und Jutrinka stationirt waren, haben den Befehl erhalten, nach dem Pruth zu marschieren. Die in der Umgegend von Odessa bilozirte Kavallerie hat gestern den Marsch nach Bielzi angetreten. Es ist eine imposante militärische Bewegung, die sich in der Richtung gegen die rumänische Grenze vollzieht und gegen die die Dimensionen jener des Jahres 1853 weit zurückbleiben. — Neuerlich ist eine große Pferderequisition angeordnet. Der Militärbezirk von Odessa muß bis zum 20. April 8450 Pferde dem Kommando der Scharmer abliefern und werden die Pferde gleich nach Chotin befördert. — Ununterbrochen wird Proviant nach dem Pruth befördert.

Die Stimmung hier ist zwar keine kriegsbegeisterte, immerhin aber erkennt man es als eine Nothwendigkeit an, je eher aus der ungewissen Lage, welche Rußlands Handel schon stark genug geschädigt, herauszukommen. Man wird gerne alle Opfer eines Krieges tragen, um nur wieder sicheren Boden unter den Füßen zu gewinnen. Ueber den Ausgang des Krieges, namentlich wenn er ein Duell Rußlands mit der Türkei bleiben sollte, gibt man sich keinen Besorgnissen hin. General Semela verichert, daß Rußland noch niemals eine so große und gut ausgerüstete Armee in's Feld gestellt hat. Es wird auch dafür gesorgt, daß der Zustand der Armee in jeder Beziehung ein befriedigender sei. Großfürst Nikolaj verfügte, daß vom 8. April an jeder Soldat 3/4 Pfund Fleisch statt eines halben Pfundes bekommen soll. Der Sold wurde um 33 Prozent erhöht. Eine Treuzulage wurde gewährt. Die Mannschaft ist munter und zufrieden und der Geist ein guter. (Pol. Kor.)

Badische Chronik.

Karlsruhe, 14. Apr. Anlaßlich der bevorstehenden Festlichkeiten in unserer Stadt zur Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs, welche vom 28. bis 30. April andauern werden, wird voraussichtlich aus allen Theilen des Landes und der Nachbarstaaten eine große Anzahl Gäste hierher kommen, besonders da auch die Generaldirektion der Großh. Staats-Eisenbahnen sich in dankenswerther Weise bereit erklärt haben soll, am 29. April Ertragsfreie hierher zu lassen, welche Abends nach Beendigung der Festlichkeiten nach den verschiedenen Richtungen wieder zurückgehen würden. Für die Reise hierher und zurück soll eine allgemeine Fahrpreis-Ermäßigung in der Ausdehnung eintreten, daß die einfachen Billete zur Fahrt hierher, die bei den Stationen der badischen Bahn am 28. und 29. d. M. gelöst werden, vom 29. an innerhalb der für Retourbillete bestehenden Gültigkeitsdauer zur tarificirten Rückfahrt benutzt werden dürfen. Es wird daher nicht ausbleiben, daß die hiesigen Gasthöfe nicht im Stande sein werden die Fremden, welche hier Nachquartier suchen, Alle zu beherbergen. Suche der hiesigen Einwohner — welche für diese Zeit über Zimmer mit Betten zu verfügen haben — wird es daher sein, solche dem sich bildenden Wohnungsmittel gegen entsprechende Vergütung zur Verfügung zu stellen.

Aus Eingen melbet der „Högg. Erz.“, daß am 12. Apr., Vormittags, bei ruhiger Luft ein ziemlich starker, ungefähr 6 Minuten anhaltender Hagel sich lagerte, dem Nachmittags noch ein kleiner Hagel schauer gefolgt sei. Doch soll hierdurch nirgends ein Schaden entstanden sein; immerhin dürfte aber der frühe Eintritt dieser bedenklichen Witterungserscheinungen den Landwirth allenthalben zur Verhütung mahnen.

Bermischte Nachrichten.

Nürnberg, 13. Apr. In später Nachmittagsstunde ertönte

heute Generalalarm: in der Uttenbörcher'schen Zündhütchenfabrik war eine Explosion erfolgt. Glücklicher Weise beschränkte sich das Feuer auf das Laboratorium, woselbst die Explosion erfolgt war. Ein Arbeiter, der gerade in dem betreffenden Gebäude des ausgebehaltenen Etablissements beschäftigt, war erhielt harte Verletzungen.

Nachricht.

London, 16. Apr. Dem „Standard“ zufolge wird von Seiten Englands ein letzter Versuch der Abwendung des Krieges gemacht, das Blatt bezweifelt jedoch den Erfolg dieser letzten nach Petersburg gerichteten Mahnung. Die „Morning Post“ hofft, Rußland werde vor dem Friedensbruch erinnert werden, es sei durch den Pariser Vertrag verpflichtet, eine Mediation anzurufen. Wenn der Zar trotz aller Friedensbethenerungen den Krieg erkläre, werde England annehmen, er trachte die Türkei für Zwecke der Eroberung und Annexion zu vernichten. Alle Blätter, „Daily News“ ausgenommen, sprechen sich gegen Rußland aus. Die „Times“ bespricht die voraussichtliche Haltung Englands während des bevorstehenden Krieges und empfiehlt strikte Neutralität, so lange der Kampf bloß gegen die Ursachen der Störung gerichtet sei; die türkische Miswirtschaft mache es unmöglich, die Sache der Türken zu verfechten.

Bukarest, 15. Apr. Abds. Michael Cogalniceanu ist zum Minister des Auswärtigen ernannt. Die Deputirtenkammer soll Mitte der nächsten Woche zusammentreten; die Senatswahlen werden am Ende derselben stattfinden.

Konstantinopel, 15. Apr. Abds. Eine russische Yacht ist im hiesigen Hafen eingetroffen, um das Personal der russischen Botschaft, sobald Befehl zur Abreise derselben eintrifft, nach Odessa zu befördern. Die russischen Unterthanen in der Türkei sollen alsdann unter den Schutz der deutschen Botschaft gestellt werden.

Franfurter Kreuzzettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 16. April, die übrigen vom 14. April.)

Staatspapiere.	
Preuss. 1/2 % Oblig. Dtl.	104 1/2
Baden 5/10 % „ „	102
„ 4 1/2 % „ „	99
„ 4 % „ „	96 1/2
„ 3 1/2 % „ „	94 1/2
Bayer. 4 1/2 % Obligat. „	93 1/2
„ 4 % „ „	93 1/2
Württemberg 5 1/2 % Obligat. „	97 1/2
„ 4 1/2 % „ „	95 1/2
Nassau 4 % Obligationen „	—
Gr. Hesse 4 % Obligat. „	—
Österr. 5 % Silberrente	48 3/4
„ Zins 4 1/2 %	48 3/4

Aktien und Prioritäten.

Melchbank	152 1/2	5 1/2 % Donau-Drau	—
Badische Bank	108	5 1/2 % Franz-Josef-Prior.	69 1/2
Deutsche Vereinsbank	66 1/2	5 % Kronpr. Rud.-Pr. v. 1869	—
Parusdächer Bank	90 1/2	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1868	—
Österr. Nationalbank	610	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
Österr. Kredit-Aktien	105 1/2	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
Österreichische Kreditbank	83 1/2	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
Deutsche Effektenbank	102 1/2	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
4 1/2 % öst. Staatsbahn 500 fl.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
4 1/2 % öst. Staatsbahn 250 fl.	88 1/2	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Staatsbahn 169 1/2	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Süd-Lombarden	56 1/2	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Nordwestl.-A.	83 1/2	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Süd-Lomb. 2. Em. 200 fl.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Süd-Lomb. 2. Em. 200 fl.	129	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % Franz-Josef-Eisenb.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
Galktzer	151 1/2	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Grenz-P. v. 1. Em.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Grenz-P. v. 2. Em.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Grenz-P. v. 3. Em.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Grenz-P. v. 4. Em.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Grenz-P. v. 5. Em.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Grenz-P. v. 6. Em.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Grenz-P. v. 7. Em.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Grenz-P. v. 8. Em.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Grenz-P. v. 9. Em.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—
5 % öst. Grenz-P. v. 10. Em.	—	5 % öst. Nordwestl.-P. v. 1869	—

Aufsenloose und Prämienanleihe.

3 1/2 % Preuss. Präm. 100 Tgl.	—	Deft. 4 % 250 fl. Loose v. 1864	87 1/2
Cost. Münchener 100-Tal. Loose	—	5 % 500 fl. „ v. 1860	90 1/2
Bayr. 4 % Prämien-Anl.	118	100 fl. Loose v. 1864	—
Badische 4 % „	116	Ungar. Staatsloose 100 fl.	125. —
„ 3 1/2 % „	—	Roab-Grozer 100 Tgl. Loose	65 1/2
Braunschw. 20-Tgl. Loose	—	Schwedische 10-Tgl. Loose	45.80
Größ. Hessische 25-fl. Loose	—	Finnländer 10-Tgl. Loose	—
Ansbad-Gruenzhaufl. Loose	24.80	Meininger 7-fl. Loose	19.40
		3 % Oldenburger 40-Tgl. R.	—

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 20/2	204.20	Deutsche „ „	M. 9.55—60
Paris 100 Frs. 20/2	81.30	20-Franco-St.	16.24—28
Wien 100 L. öst. W. 4 1/2 %	157.15	Engl. Sovereign	20.37—42
Disconto „ „	1.5. 4 %	Russische Imperial	16.72—77
Holländ. 10 fl. St.	M. 65.—	Dollars in Gold	4.17—30

Tendenz: flau.

Berliner Börse, 16. April. Kreditaktien 214.—, Staatsbahn 343.—, Lombarden 117.—, Disc. Commodity 95.—, Reichsbank 158.50. Tendenz: schwach.

Wiener Börse, 16. April. Kreditaktien 134.75, Lombarden 71.—, Staatsbahn —, Anglobank 63.—, Unionbank —, Napoleonsdor 10.53. Tendenz: flau.

Seitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Soll in Karlsruhe.

Großherzogliche Hoftheater.

Dienstag, 17. Apr. 2. Quartal. 51. Abonnementsvorstellung. Deutsche Lustspiele aus 4 Jahrhunderten. 1) Das heiß Ethen, von Hans Sachs. 2) Die ehehlich Bädin, von Jakob Ayer. 3) Der traurige Hanswurst, von Gottlieb Prehauser. 4) Die Beilchen, von W. v. Eschenbach. Anfang 1/2 7 Uhr.

Todesanzeige.
N.180. Konstanz.
Statt besonderer Anzeige theile ich Verwandten und Bekannten unserer Familie betäubten Herzens mit, daß heute Morgen unsere liebe gute Mutter nach längerem Leiden bei mir verschieden ist.
Um stille Theilnahme bittet,
Konstanz, den 14. April 1877,
Im Namen der Hinterbliebenen:
Karl Flaig, Stabsarzt a. D.

Todesanzeige.
N.192. Lichtenthal.
Heute starb nach langen schweren Leiden mein innig geliebter Mann
Heinrich Kulp,
Apotheker,
im Alter von 67 Jahren.
Um stille Theilnahme bittet,
Lichtenthal, 14. April 1877,
Anna Kulp, geb. Dopp.

Dankfagung.
N.181. Karlsruhe.
Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei dem Verluste meiner lieben unvergesslichen Gattin, Mutter und Schwiegermutter
Karoline Kaufmann,
geb. Ludwig,
sowie für die reichen Blumen Spenden und die ehrende Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, sagen wir allen Freunden und Bekannten unser herzlichsten innigsten Dank.
Karlsruhe, den 15. April 1877.
Im Namen der Hinterbliebenen,
Der tieftrauernde Gatte:
Georg Kaufmann,
Kanzleirath.

Mannheimer Mainarkt.
N.179.1. Große Verlosung von Pferden, Rindvieh, landwirthschaftlichen Maschinen und sonstigen gewerblichen Gegenständen. 40,000 Loose à 2 Mark. 250 Gewinne, darunter 30 Pferde, 37 Kühe und Rinder etc.
Ziehung am 3. Mai 1877.
Hauptverkaufsstellen für den Vertrieb der Loose bei dem Kaiser des Mark-Correspondenten, Herrn F. Meißner, E 5 No. 2 in Mannheim.
Einzelne Loose sind zu haben bei
Karl Müng in Karlsruhe,
Karl Walzacher „
Heinrich Knaut jr. „
L. Rieder „
Wilhelm Frick „

N.193.1. Anleihen-Loose.
Einschreibung von Loose zur Controlierung der stattfindenden Ziehungen à 20 Pfg. pr. Stüd. Nachsehen früherer Ziehungen à 10 Pfg. pr. Stüd.
J. W. Melchior in Karlsruhe.
N.182. Sochum.

Heiraths-Gesuch.
Ein Mann in den besten Jahren, der lange Zeit verheirathet war, weil seine Frau im ersten Wochenbett starb, wünscht mit einer anständigen, tugendhaften Person aus ordentlicher Familie in Bekanntschaft zu treten. Suchender hat keine Kinder, ist evangelisch, Bäckermeister, und hat ein rentirendes Geschäft, seine erste Ehe wurde auch auf diesem Wege erzielt und war eine glückliche! Damen im Alter von 22 bis 30 Jahren werden freundlich gebeten, ihre Adresse und Photographie unter Aufschrift:
„Georg Hilge, Bochum“
angemittelt direkt einzulenden. Antwort mit Photographie erfolgt umgehend.
Bemittelter und Mütter mögen sich jeder Einmischung enthalten und werden event. gar nicht berücksichtigt. (H4928)

N.185.1. Stisch.
Köchin-Gesuch.
Das Offizier-Kasino zu Stisch in Lothringen sucht zum 5. Mai eine Köchin, welche die selbständige Bewirthschaftung der Küche übernehmen kann.
Anmeldungen wolle man an den Vorstand des Offizier-Kasinos zu Stisch adressiren.

Ladenmädchen-Gesuch.
N.184.1. Ein braves Mädchen wird sofort in einen Laden nach Baden-Baden zu engagiren gesucht. Wenn solches etwas französisch spricht, wäre es wünschenswerth. Off. Offerten mit Referenzen unter Chiffre J H Nr. 30 an die Expedition dieses Blattes.

N.195.1. Karlsruhe.
Für Maurermeister.
Den Herren Maurermeistern empfehle mein großes Lager von Gerüst-Drahtkrängen (Eisenbraut-Ligen) bestens.
C. Herrmann, Mechaniker.

Ausgabe für Baden.
Volksschul-Atlas, Dr. R. Andree's,
in 34 Karten. Ausgeführt in der Geographischen Anstalt von Velhagen & Klasing in Leipzig.
Preis I M. Zum Schulwechsel empfohlen. Preis I M.
Ausgabe für Baden mit Specialkarte.
Verordnung des Grossherzoglichen Oberschulraths v. 9. Juni 1876. „In das Verzeichniß empfehlenswerther Lehrmittel ist aufzunehmen: Dr. Richard Andree's Volksschul-Atlas in 34 Karten. Preis I Mark.“
Wir übersenden gern jedem Herrn Lehrer, der den Atlas einzuführen beabsichtigt, ein Exemplar gratis und franco.

N.160. Karlsruhe.
Groß. Eisenbahn-Schuldentilgungskasse Karlsruhe.
125te Ziehung
der Badischen 35-fl. Loose.
Von den Loose der am 28. Februar 1877 gezogenen 100 Serien Nr. 107, 108, 118, 157, 326, 390, 419, 478, 532, 540, 591, 596, 626, 715, 737, 751, 761, 978, 1156, 1196, 1305, 1312, 1384, 1651, 1808, 1966, 2008, 2066, 2069, 2157, 2231, 2277, 2328, 2332, 2468, 2512, 2517, 2894, 2968, 3134, 3279, 3472, 3656, 3668, 3749, 3761, 3853, 3860, 4159, 4203, 4291, 4294, 4344, 4356, 4492, 4542, 4858, 4895, 5127, 5181, 5286, 5289, 5252, 5413, 5600, 5660, 5784, 5795, 5912, 5983, 5989, 6154, 6169, 6192, 6245, 6298, 6318, 6592, 6652, 6654, 6710, 6782, 6841, 6883, 6887, 6935, 7015, 7098, 7200, 7272, 7327, 7354, 7366, 7419, 7511, 7695, 7796, 7902, 7948, 7953 haben in heutiger Gewinnziehung gewonnen:

Nr. 16295, 68571 Mark 43 Pfennig.
Nr. 35721, 17142 Mark 86 Pfennig.
Nr. 5331, 344301 je 6857 Mark 16 Pfennig.
Nr. 5858, 23870, 156699, 261923 je 3428 Mark 58 Pfennig.
Nr. 7810, 16272, 36843, 57783, 187416, 289156, 289739, 295567, 307682, 385484, 367656 je 1714 Mark 29 Pfennig.
Nr. 19483, 23877, 26587, 26987, 29782, 37506, 90852, 108404, 113842, 125566, 148394, 169939, 207913, 210122, 217163, 242053, 289725, 329577, 342041, 350737, 354832, 354894, 359985, 368263, 395054 je 428 Mark 58 Pfennig.
Nr. 5312, 50, 73, 75, 80, 81, 90, 98, 5870, 77, 89, 93, 94, 96, 5900, 7802, 3, 5, 11, 13, 30, 40, 47, 16268, 62, 67, 91, 96, 19489, 99, 20934, 23879, 96, 97, 98, 26582, 79, 91, 96, 26851, 52, 54, 68, 69, 80, 85, 93, 94, 27000, 29506, 9, 26, 42, 44, 29754, 55, 60, 72, 31291, 35728, 36, 41, 46, 36820, 39, 46, 49, 37501, 13, 23, 35, 41, 49, 38022, 26, 31, 40, 48872, 84, 94, 95, 57755, 64, 68, 89, 59751, 69, 59770, 74, 80, 84, 92, 99, 65213, 16, 29, 48, 69167, 86, 88, 91, 82529, 45, 90351, 55, 58, 68, 75, 96, 98279, 83, 91, 92, 100358, 60, 74, 77, 97, 102754, 56, 86, 103400, 10, 13, 26, 33, 107830, 40, 48, 111505, 20, 27, 40, 44, 46, 50, 113807, 26, 27, 32, 35, 38, 39, 45, 116352, 54, 63, 66, 86, 116553, 54, 56, 57, 66, 76, 77, 79, 81, 116600, 123355, 61, 79, 80, 88, 96, 125552, 60, 65, 69, 99, 125600, 806, 808, 24, 31, 49, 144664, 65, 93, 148357, 60, 72, 83, 156656, 56, 59, 66, 70, 79, 80, 86, 89, 90, 93, 163903, 3, 28, 173552, 59, 61, 63, 70, 79, 81, 89, 95, 96, 182758, 66, 72, 91, 93, 183380, 96, 187421, 40, 41, 188011, 31, 40, 192601, 18, 19, 32, 36, 48, 49, 967, 85, 86, 91, 94, 207921, 23, 210149, 60, 214506, 13, 35, 40, 214680, 70, 79, 80, 86, 99, 217177, 86, 89, 96, 217752, 88, 224567, 80, 242075, 86, 92, 93, 242852, 53, 84, 244702, 9, 27, 45, 256909, 21, 259050, 261759, 69, 79, 86, 93, 261902, 26, 46, 48, 262565, 79, 81, 86, 95, 270835, 36, 38, 39, 279954, 74, 94, 95, 97, 98, 282974, 77, 91, 289167, 79, 96, 99, 200, 289706, 15, 27, 35, 38, 40, 44, 45, 295556, 87, 299124, 34, 36, 49, 299403, 30, 37, 307651, 56, 66, 69, 79, 308412, 24, 43, 46, 47, 309563, 72, 312353, 54, 62, 74, 82, 84, 90, 95, 314853, 56, 93, 315857, 82, 93, 98, 315900, 329551, 56, 94, 332563, 75, 81, 83, 91, 600, 332655, 57, 59, 74, 81, 335459, 65, 85, 99, 339066, 63, 75, 81, 84, 96, 342002, 9, 20, 32, 344103, 8, 11, 14, 344310, 29, 45, 47, 346702, 8, 12, 16, 32, 39, 44, 350701, 95, 26, 32, 39, 42, 43, 46, 354554, 62, 63, 359982, 83, 86, 88, 99, 363552, 78, 87, 90, 366302, 8, 10, 14, 19, 22, 367655, 93, 99, 368277, 90, 96, 300, 370903, 10, 14, 15, 375509, 13, 26, 39, 384701, 12, 25, 33, 34, 389751, 56, 68, 86, 88, 92, 800, 395051, 52, 56, 80, 88, 95, 397388, 397604, 3, 24, 27, 30, 38, 43 je 120 Mark.
Alle übrigen Loose je 99 Mark 43 Pfennig.
Die auf die zu obigen 100 Serien gehörenden Loose gefallenen Gewinne werden planmäßig

am 1. Oktober 1877
bei der oben genannten Kasse gegen Rückgabe der Loose bar bezahlt.
Wer die Zahlung früher zu empfangen wünscht, kann solche erhalten gegen Abzug eines Diskonto, welcher in den Monaten April, Mai und Juni d. J. auf Zwei Pfennig und im Juli, August und September d. J. auf Einen Pfennig von der vollen Mark festgesetzt ist.
Karlsruhe, den 31. März 1877.
S e l m.

Karlsruhe. Geschäfts-Anzeige.
Beehre mich, hiermit ergebenst anzuzeigen, daß ich am hiesigen Plage unter meiner Firma, Douglasstraße 11, eine
Weinhandlung
errichtet habe.
Mein Lager in reinen badischen, Rheingauer und selbstgezogenen Pfälzer Weinen, bei Abnahme von 20 Liter an, bestens empfehlend, zeichne
F. W. Pfalzgraff, Weinbergbesitzer.
N.194.1.
Proben sehen zu Diensten.

Für Bruch- und Kropfleidende.
N.147.3. Bieleitigen Wünschen nachzukommen, zeige ich an, daß ich vom Freitag den 13. an, bis incl. Mittwoch den 18. d. M., täglich von 10 bis 3 Uhr, im Hotel Engl Hof in Karlsruhe zu sprechen bin. Für sichere Heilung leiste ich stets Garantie. Amliche Zeugnisse liegen auf. Geringemitteltsten Begünstigung.
Martin Opel aus München.

N.764.4. Karlsruhe.
Flaggen
in Baumwolle, Wolle und Seide in allen Größen, deutsche, badische oder andere Landesfarben; auch mit Reichthaler, Wappen, Emblemen etc. ächt bedruckt, liefern zu billigen Preisen
Saxauer & Berlinger.
Tappich-, Möbel- und Vorhangstoff-Lager,
2 Friedrichsplatz 2, Karlsruhe.
Bäckerei-Verpachtung. mietten. Näheres bei Mähl, Conditoren-Groß Nr. 43 in Freiburg. N.152.2.
Eine gangbare Bäckerei ist sogleich zu ver-

N.188.1. Nr. 1108. Heidelberg.
Stipendienvergebung.
Die Vergebung der Erträge aus der Stiftung der Frau Pfarrer Dr. Kästig Wwe. in Heidelberg für 20. April 1876 bis 77 zur Vertheilung kommen.
Dieselben hiesigen Bürgeröhne, welche studiren oder sonst ein ehrenhaftes Gewerbe erlernen“ und deßhalb an dieser Stiftung genehmigt zu sein glauben, werden aufgefordert, ihre Gesuche um Berücksichtigung bei der Vertheilung bis zum 30. d. M. schriftlich bei uns einzureichen.
Den Gesuchen, welche von den Gesuchstellern selbst geschrieben sein müssen, sind außer den Zeugnissen über Ausübung und Befähigung auch die Schulzeugnisse der Parenten anzuschließen, da dieselben sonst keine Berücksichtigung finden können.
Heidelberg, den 11. April 1877.
Der Stadtrath.
S i l a b e l.

N.181.2. Mannheim.
Bekanntmachung.
Für die hiesige Volksschule soll eine weitere, zum Unterrichten in der Schallensfeld'schen Methode befähigte Industrie-Lehrerin sofort angestellt werden. Gehalt jährlich Mark 1050.
Bewerberinnen mit Befähigungsnachweis wollen binnen 8 Tagen bei unterfertigter Stelle eingereicht werden.
Mannheim, den 10. April 1877.
Stadtrath.
W o l l.

Gesuch.
Ein junger Ehemann, der lange Jahre bei hohen Herrschaften als Diener gewesen, sucht zu logisch oder später eine Stelle, gleich in welcher Branche, hier oder anderswärts. Gefällige Offerten beliebe man unter O 111 in der Expedition dieses Blattes niederzuliegen.
N.197.

Kapitalgesuch.
N.183.1. Von einer badischen Gemeinde wird ein Kapital von 100,000 M. auf gutes Unterpfand gesucht. Anzeigebogen mit Zinsfuß wolle man gefälligst sub N.183 der Annoncen-Expedition von **Haasenstein & Vogler** in Mannheim einsehen, wofür auch nähere Auskunft erteilt wird. (H51279)

N.186.1. Gegen Magen-, Darm-, Leber-, Nieren- und Blasen-Leiden, Gicht, Rheumatis, Erythelose etc. wird **Grenzacher Mineralwasser** mit ausgezeichnetem Erfolge angewendet. Glänzende, notariell beglaubigte Zeugnisse. Hauptniederlage in Grenzach bei Bofel.
E. Schoch.
In allen Niederlagen und Apotheken zu haben.
E F 813.

N.69.3. Ein mit guten Referenzen versehen, tüchtiger Schornstein-Feger findet sofort
als Geschäftsführer
Stellung.
Sehr günstige Bedingungen.
Gefällige Offerten sub S 158 Q an die Annoncen-Expedition von **Haasenstein & Vogler** in Strassburg i. E. erbeten.

Zur Beachtung.
N.107.2. Ganz neu angelegte Schulbänke (Schul'sches System) sind wegen Aufgabe eines Instituts billig zu kaufen. Liebhaber dafür bestreben sich an die Annoncen-Expedition von **Haasenstein & Vogler** in Freiburg i. B. zu wenden unter Chiffre **A. R. 64. F.169.Q.**

Verm. Bekanntmachungen.
N.170.1. Nr. 1692. Waldshut
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Für vier Brücken der Hauptbahn zwischen den Stationen Hausenstein und Waldshut soll die Lieferung und Aufstellung neuer Eisenkonstruktionen im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden; das Gesamtgewicht beträgt:
5800 Kilo Schmiedeseisen, 448 „ Gußeisen.
Angebote auf diese Arbeiten sind bis längstens
Montag den 30. April d. J.,
Sonntags 9 Uhr,
auf dem Bureau des Unterzeichneten einzureichen, wo inzwißchen Pläne und Bedingungen, sowie die Gewichtsberechnungen zur Einsicht auflegen.
Waldshut, den 12. April 1877.
Der Groß. Bezirks-Bahnmeist.
N.164.1. Nr. 892. Bonnorf.
Herstellung von Rinnenpflaster.
Die in hiesigem Bezirke pro 1877 an den Landstraßen anzuzulegenden Rinnen, und zwar 842,5 QM. neue Rinnen in den Orten „Bonnorf, Füllgen, Großenhauken, Grimmelshofen, Gündelwangen, Niedermaße, Reifelsingen, Schuchler und Tod-

moos-An“, dann 45 QM. Umplasterung in „Bonnorf und Füllgen“, sollen im Submissionswege in Afford gegeben werden und steht man den befalligen schriftlichen Angeboten per QM. jeder Gattung längstens bis
Mittwoch den 25. April,
Sonntags 11 Uhr,
versegelt, portofrei und mit der Aufschrift „Pflasterarbeiten“ versehen, entgegen.
Die Bedingungen liegen bis dahin hier zur Einsicht auf.
Bonnorf, den 12. April 1877.
Groß. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion Bonnorf.

N.151.2. Gengenbach.
Eichenrinden-Versteigerung.
Am Donnerstag den 19. d. M., Nachmittags 3 Uhr, läßt die hiesige Gemeinde auf dem Rathhause dahier ca. 300 Centner Eichenrinde erster und zweiter Qualität an die Meistbietenden öffentlich versteigern.
Waldmeister Förger und Waldhüter Moser zeigen die Rinden auf Verlangen vor.
Gengenbach, den 11. April 1877.
Der Gemeinderath.
W e t t e r e r.

N.101.2. Nr. 497. Mannheim.
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Höheren Auftrages gemäß soll sogleich die Ausführung nachstehend verzeichneter Bauarbeiten zur Herstellung einer wasserfreien Verbindungsbahn zwischen dem Rangir- und Centralgüterbahnhof Mannheim im Wege schriftlichen Angebotes vergeben werden, und zwar:
1. Erd- und Baggerarbeiten zur Herstellung des Planums, veranschlagt zu 60597 M.
2. Brücken, Dohlen, Uferabstufungen, Straßen und Begonlagen . . . 43857 M.
3. Schwellenbett und Einlebung 7800 M.
111754 M.

Bewerber um diese Arbeiten haben sich über den Besitz der erforderlichen Mittel und Leistungsfähigkeit auszuweisen, und wollen ihre Angebote bis längstens
Donnerstag den 19. April cr.,
Morgens 10 Uhr,
auf dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten in Mannheim einreichen, bis wohin daselbst auch Pläne, Bedingungen und Besondere zu Einsicht auflegen.
Heidelberg, den 8. April 1877.
Der Groß. Bezirks-Bahnmeist.

N.115.2. Nr. 4185. Stodach.
Arzt-Gesuch.
Die vermögliche, über 1000 Einwohner zählende Gemeinde Liptingen sucht einen in allen medizinischen Fächern geprüften Arzt.
Sie sichert demselben alljährlich 500 M. Gehalt und 4 Ster Holz aus Gemeindegeldmitteln zu.
Den bisher in der Gemeinde ansässig gewesenen Aerzten ist jeweils auch die Ermächtigung zur Haltung einer Handapothek verliehen worden.
In mehreren Nachbargemeinden ist ebenfalls kein Arzt, so daß auch in diesen auf Praxis zu rechnen ist.
Die Herren Aerzte, welche geneigt sind, sich in Liptingen niederzulassen, wollen sich mit den geeigneten Nachweisungen baldigst beim Gemeindevorsteher anmelden.
Stodach, den 9. April 1877.
Groß. bad. Bezirksamt.
K r a u ß.

N.75.2. Nr. 812. Forstheim.
Die Stelle einer Oberwärterin
an hiesiger Anstalt soll wieder besetzt werden. Mit derselben ist neben freier Station ein Gehalt von 400 Mark jährlich verbunden, welcher bei entsprechenden Leistungen erhöht werden kann.
Gebildete Französinnen, im Alter von 30 bis 38 Jahren, welche sich um die Stelle bewerben wollen, haben sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse innerhalb 14 Tagen persönlich zu melden.
Forstheim, den 7. April 1877.
Direktion der Heil- und Pflege-Anstalt.
D r. F i s c h e r.

N.166. Nr. 11444. Mannheim.
Die Stelle eines Altars, welchem ein Gehalt von 1000 bis 1200 Mark zugesichert werden kann, ist bei uns in Erledigung gekommen.
Bewerber um dieselbe wollen ihre Gesuche unter Aufsicht ihrer Zeugnisse binnen 14 Tagen dahier einreichen.
Mannheim, den 10. April 1877.
Groß. bad. Bezirksamt.
S e b t i n g.

N.165. Nr. 4387. Baden.
Die Stelle eines Krankenwärters im Groß. Armenhause dahier für die diesjährige Babyzeit (d. h. vom 1. Juni bis gegen Mitte September d. J.) mit einer Tagesgehälter von 2 Mark bis 2 Mark 60 Pf. nebst freier Kost und Wohnung wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben, und haben sich die Bewerber, mit Verbands- und Befähigungsnachweisen versehen, innerhalb 14 Tagen persönlich bei uns vorzustellen.
Baden, den 12. April 1877.
Gr. Bezirksamt. Baubauaufkommmission.
v. G o e l t e r.